



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Reichs Spiegel

**Der Aufmarsch der Koalitionsparteien.** Unter süddeutscher Sonne wird ohne Zweifel Mathias Erzberger mit besonderer Nüchternheit derjenigen beiden Gewalten gedenken, die in den Wärtagen von rechts und links aufeinanderprallten und seinen eigenen Taten ein nahezu völliges Vergessen brachten. Doch nicht nur der entthronte Führer, sondern nicht minder die dreigliedrige Gefolgschaft der in der Nationalversammlung gebietenden Koalitionsparteien begleitet die Geste einer wohlgespielten Entrüstung mit dem innerlichen Gefühl einer gewissen Dankbarkeit gegen Skapp und seine bolschewistischen Antipoden.

Einer der besten Köpfe der Linken betonte am Sonnabend des Rapp-Butsches, daß er den Ereignissen um so verständnisloser gegenüberstehe, weil die Rechte alle Ausichten des Erfolges, die sie auf verfassungsmäßigem Wege gehabt hätte, gefährde. Inzwischen dürfte sich aber die Lage für die Rechtsparteien schon wieder erheblich gebessert haben. Die deutschen Wahlen sind in ihren Ergebnissen technisch darum so schwierig vorauszusagen, weil im Gegensatz vor allem zu England unser Verhältniswahlssystem die Nachwahlen als Wahrzeichen einer sich ändernden Volksgunst ausschaltet. Gemeinde-, Kreis- und Provinzwahlen können in Deutschland nur ein gewisses Surrogat des Stimmungswechsels bieten, weil die Wählermassen im Reiche und in den engeren Kreisen des Gemeinwesens nicht immer unter denselben Voraussetzungen stimmen.

Die Wahlausrufe der drei Koalitionsparteien sind in der Reihenfolge: Zentrum, Mehrheitssozialdemokratie und Demokratie erschienen. Wenn sie auch gewiß von einer brüderlichen Einmütigkeit weit entfernt sind, so muß doch zugestanden werden, daß sie sich im gemeinsamen Kampf nach rechts und links und in Anerkennung derjenigen Notwendigkeiten, die eben nach der Auffassung dieser Parteien zu der Koalition geführt haben, zusammenfinden. Lediglich die christliche Volkspartei macht den Eintritt in eine ihr günstige Koalition von dem Ergebnis der Wahlen abhängig.

Wenn auch der unbefangene Beobachter zugestehen muß, daß die Rapp-Bewegung diesen drei Parteien eine gewisse Erleichterung verschafft habe, so werden wohl selbst die Führer der drei Parteien kaum annehmen, daß sie auch nur annähernd mit derselben stolzen Zahl der Sitze in dem ersten Reichstag erscheinen werden, die sie in den Januarwahlen zur Nationalversammlung erfassen konnten. Auf jeden Fall ist die Schwächung sicher, daß zwei der Koalitionsparteien aus eigener Kraft, also wie wir es erlebt haben, Zentrum und Mehrheitssozialdemokratie allein nicht mehr die Parlamentsmehrheit erreichen werden. Selbst die drei verbundenen Parteien werden nur mühselig eine tragfähige Majorität zusammenbringen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Erscheinung, daß von den gegenwärtigen Koalitionsparteien, sei es nach rechts oder nach links eine gewisse Verbreiterung der Basis angestrebt wird, für den unparteiischen Beobachter überaus erklärlich.

Von links rüstet sich ohne Zweifel die Unabhängige Sozialdemokratie zur Regierungsfähigkeit. Die merkwürdigen letzten Ereignisse, das Aufzüngeln des Nationalbolschewismus in seiner unklaren Verbindung junger Offiziere und Arbeiterführer zweiten Ranges gaben der Unabhängigen Partei die besten Grundlagen, um auch in agitatorisch wirksamer Form ihre bedingte Treue zur Verfassung öffentlich zu dokumentieren. Auf der anderen Seite sieht sich die Unabhängige Partei aus ihrer bisher einheitlichen Front nach rechts durch den Wahlaufbruch der kommunistischen Partei Deutschlands so beschränkt, daß sie schon durch den Zweifrontenkrieg wohl oder übel hin und wieder besonnene Töne in ihr Kampfgeschrei einmischen muß. Immerhin werden die Führer der Mehrheitssozialdemokratie aus eigener Erfahrung zur Genüge wissen, daß die Unabhängigen Führer, vor allem die Theoretiker dieser Gruppe, nur überaus schweren Herzens sich zu einer Interessenvereinigung mit bürgerlichen Gruppen, sei es auch nur auf Zeit, zusammenfinden werden. Daß Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängige bei

den Reichstagswahlen die Mehrheit erringen könnten, die sie in der Novemberrevolution antizipieren wollten, die ihnen aber am Wahltage der Nationalversammlung versagt blieb, ist wohl für alle Beurteiler der politischen Lage, sei es innerhalb oder außerhalb der Sozialdemokratischen Partei, ausgeschlossen.

Damit ergibt sich für aufmerksame Beobachter die merkwürdige Erscheinung, daß die wirklich leitenden Führer der drei Koalitionsparteien wohl oder übel ihre Hauptführer nach rechts hinaus leiten. Die gegebene Trägerin ihrer Rechtsentwicklung ist selbstverständlich das Zentrum, das als ein Parlament aller Schattierungen in sich stets die Möglichkeit birgt, durch interne Verschiebungen sich eine andere dem Augenblick angepasste Nuancierung zu geben. Während daher Mehrheitssozialdemokratie und Demokratie in ihren Wahlaufufen mehr oder weniger nur stilistische Verwässerungen aufzuweisen haben, erfordert das gegenwärtige taktische Verhalten des Zentrums das größte politische Interesse. Der Sturz Erzbergers, der wohl von keiner Partei herzlicher begrüßt worden ist als eben vom Zentrum selbst, gibt der Christlichen Volkspartei die volle Freiheit jedweder Entwicklung wieder. Eine Entwicklung freilich, die das Zentrum seit seinen Gründungstagen und mit besonderem Nachdruck in dem Aufsteigen Erzbergers stets als dankbare Rolle zu spielen wußte, die Abwehrstellung gegen eine bürokratisch-parteilose Regierung wird nunmehr nach Menschenermessen der Partei für abnehmbare Zeiten versagt bleiben. Das Zentrum des neuen Reiches bildet, wenn man den unwahrscheinlichen Fall einer rein sozialistischen Regierung annimmt, wohl oder übel die Regierungspartei sans phrase. Sie wäre, sofern sie nur über ein genügendes Maß von Führerpersönlichkeiten verfügt, jederzeit frei, sich ihre Gefährten zu wählen. Das Zentrum selbst läßt auch seine engeren Bundesgenossen innerhalb der Koalitionsregierung keineswegs über diejenige Rolle im Zweifel, die das Zentrum nach der strategischen Gunst seiner politischen Stellung und der Zuverlässigkeit seiner Anhängererschaft fordern kann. Während Demokratie und Mehrheitssozialdemokratie zur Stunde über die wirkliche Masse ihrer Anhänger völlig im Dunkeln tappen, kann das Zentrum wieder wie seit einem Menschenalter auch in diesen Wahlen auf seine alte Gefolgschaft zählen. Die Ereignisse des letzten Jahres, insbesondere der bolschewistische Krieg an der Ruhr, trafen die altbeliebte Verbindung mit der Mehrheitssozialistischen und Unabhängigen Gefolgschaft in das Herz.

Das wertvollste Barometer für die kommenden Wahlen sind die Betriebsrätemähler, die kürzlich stattfanden. Der Prozentsatz der Arbeiter, die für die christlich-sozialen Gewerkschaften stimmten, hat sich gegen früher nicht verändert. Er beträgt 25 Prozent. Dagegen sind die freien sozialistischen Gewerkschaften auf 35 Prozent zurückgegangen, während die Syndikalisten (Unionisten), die ihnen die Massen größtenteils abspenstig gemacht haben, 40 Prozent erreichten.

Die drei Parteien, die heute in der Regierung beisammen sitzen, hatten sich im alten Reich in der dankbaren Rolle der Opposition zusammengefunden. Viele ihrer Führer hatten nie daran gedacht, selbst regieren zu dürfen oder zu müssen. Einzelne von ihnen, die den Weg von der Ohnmacht zur Macht lieber nicht so rasch zurückgelegt hätten, empfanden bei dem Eintritt in die Regierung nicht viel anders als Michaelis und Herling: sie sprangen in die Bresche. Wieder andere griffen freiberhaft nach der Macht. Beide Typen werden als Regierung faute de mieux empfunden. Jetzt bindet sie nicht mehr gemeinsame Opposition, sondern die mehr oder weniger angenehme Gewohnheit des Regierens zusammen und überbrückt ihre großen inneren Gegensätze. Erzberger und Scheidemann überwachen die Nahtstellen zwischen den Regierungsparteien, die sich als Inbegriff der Demokratie, auch in steigendem Maß als Mittelparteien fühlten. Wie aber, wenn zweien der drei verbundenen Parteien jetzt die Wählermassen entgleiten? Die Mehrheitssozialisten sind ihrer ganzen Struktur nach nur als Oppositionspartei zugkräftig, den Demokraten schwimmen die vielen Elemente weg, die sich nach der Revolution bei ihnen als der vermeintlich einzigen und großen Bürgerpartei sammelten. Welchen Grund aber sollte das Zentrum haben, jene von Erzberger

1906 herbeigeführte Kameradschaft mit der Sozialdemokratie zu verewigen, die ihm heute für Machterringung und -ausübung nicht mehr nötig, zeitweilig sogar störend ist? Wie schon vor den Wahlen zur Nationalversammlung arbeitet das Zentrum auch angesichts der jetzt bevorstehenden Wahlen mit den Nechtzueigungen seiner Wähler. Die Rede Trimborns gab hierzu das äußere Signal. Nach den Wahlen zur Nationalversammlung hat Erzberger die Partei wieder links gesteuert. „Vor den Wahlen rechts, weil die Opposition im Wahlgeschäft gewinnbringender, nach den Wahlen links, weil dort die Regierungskrippe“, so hieß es damals bei manchen enttäuschten Wählern. Wir wollen nicht prophezeien, wie es diesmal auslaufen wird.

Die Koalitionsparteien teilen mit den Parteien rechts und links den Mangel an Führern von wirklicher Suggestivkraft, ein Mangel, der natürlich bei Regierungsparteien noch viel mehr hervorleuchtet, weil sie die Vertreter der Staatsautorität sein müßten, während die Kritik als solche immer eine werbende Kraft hat, besonders in Zeiten, die zur Unzufriedenheit so großen Anlaß geben wie die unsrigen; wo können die Mehrheitsparteien also fortreizende Lösungsworte finden? Bei ihren aktiven Ministern und Beamten und solchen, die es werden wollen, ist ja das Interesse an einer positiven Weiterführung der Macht begreiflich, aber es fehlt ihnen die volle Übersicht der einschlägigen Lage des Gemeinwesens, die allein die Grundlage von wirklich rettenden Ideen sein könnte; es fehlt die Verantwortungsfreudigkeit, die in Ministerkollegien und Parteiausschüssen erstickt. Ein Überblick über den gesammten Wirrwarr von Problemen, in den Deutschland eingeschnürt liegt, ist vielleicht auch bei den Oppositionsparteien nirgends zu finden. Aber das Zusammenfassen ist eben in erster Linie Sache derjenigen, die sich zur Regierung berufen fühlen. Die Berufung zur Regierung liegt aber bei der jetzigen Koalition nicht in einer hohen Erfahrung oder in einer großen Geschicklichkeit, sondern ausschließlich in der Zahl der Stimmzettel, in der Psychologie des derzeitigen Stimmrechtes.

Das Verhältniswahlrecht, gleichgültig welche Vorzüge es sonst haben mag, führt ja nun alle Möglichkeiten der Zersplitterung mit sich. Während das englische Wahlrecht die Parteien in sich zusammenschnürt, da sie sich sonst der Aussicht auf jedweden Erfolg begeben, schafft das proportionale Wahlrecht des Deutschen Reiches die Grundlage auch für die kleinsten Splitterbewegungen. Neben dieser Gefahr böte es allerdings, falls der Gedanke der Wirtschaftskammer wirklich reif wäre, auch durchaus die Möglichkeit, daß sich schon im Reichstag selbst die Berufe kraft eigenen Willens zusammenfinden. In dieser Beziehung verdient es Aufmerksamkeit, daß in Bayern als dem zweitgrößten Bundesstaat sich frei von allen Parteien auf rein beruflicher Grundlage ein Block der Festbefoldeten eingeschaltet hat. So wäre es theoretisch durchaus möglich, daß sich die Berufe auf diese Weise aus dem Reichstage eine Kammer der Arbeit schaffen, eine Aufgabe, die um so leichter erscheint, weil in den deutschen Parteien im Gegensatz zu ihren französischen, englischen und amerikanischen Vorbildern sich je bereits keine bestimmter Berufe erkennen lassen. Praktisch muß jedoch angenommen werden, daß diese Erwägungen bei den Reichstagswahlen im Juni keine Rolle spielen werden, da die wenigen Wochen, die uns von den Wahlen trennen, für die Gesamtheit des Reiches zu derartig weiterschauenden Maßnahmen nicht mehr genügen. So darf man annehmen, daß die Hauptschlacht zwischen der Koalition und ihren Feinden rechts und links ausgefochten wird.

K. K.

